

## Erbaristokratie versus Gemeinwohl

Laut Wikipedia soll das Gemein-, seltener [Allgemeinwohl](#) als *das Gute für alle* (lat. *bonum generalis*) „aus [sozialen](#) Gründen möglichst vielen Mitgliedern eines [Gemeinwesens](#) zugutekommen“. Die selbe Quelle führt an, dass dieser Begriff Verwendung findet „in der [Philosophie](#), der [Politik](#), der [Rechtsprechung](#) und der [Soziologie](#).“ Dies ist insofern unvollständig, als das Gemeinwohl (zB als ein [Prinzip der Katholischen Soziallehre](#)) nicht erst mit der Sozialzyklika „[Fratelli Tutti](#)“ im Jahr 2020, sondern bereits mit „[Rerum Novarum](#)“ im Jahr 1891 den Weg in die Welt der christlichen Religionen gefunden hat. Beispielsweise heißt es daher im [Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich](#) aus dem Jahr 2003: „Politik muss auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein.“ (S 33) Wie sehr das in Leistungsgesellschaften unter Druck geratene Gemeinwohl mittlerweile Demokratien gefährdet, darauf weist der US-amerikanische Moralphilosoph [Michael J. Sandel](#) in seinem 2020 erschienen Werk „[Vom Ende des Gemeinwohls](#)“ hin: "Die Reichen und Mächtigen haben das System manipuliert, um ihre Privilegien zu behalten; die Akademiker haben herausgefunden, wie sie ihre Vorteile an ihre Kinder weitergeben können, wodurch die [Meritokratie](#) zu einer [Erbaristokratie](#) geworden ist." (S 191)

Drei Jahre davor berichtete Per Molander in der Originalausgabe von „[Condorcets Irrtum – Warum nur ein starker Staat die Demokratie retten kann](#)“ über Vergleichbares in Venedig:

„In bestimmten Situationen kann eine Meritokratie über die Aristokratie gestellt werden. Ein bekanntes Beispiel ist die spätmittelalterliche Verwandlung der Handelsrepublik Venedig von einer regionalen Großmacht mit dynamischer Ökonomie in einen Stadtstaat unter vielen. Die Entwicklung des Überseehandels im 9. und 10. Jahrhundert hatte dazu geführt, dass das Amt des Dogen, das in der Praxis vererbbar gewesen war, seit dem Jahr 1032 durch Wahlen besetzt wurde. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts wurde ein Kontrollgremium gebildet, [der große Rat](#), das Machtzentrum der Republik. Er wurde jedoch zunehmend von einer Gruppe mächtiger Familien dominiert, und gegen Ende des 13. Jahrhunderts wurden nach und nach mehrere Verfassungsänderungen vorgenommen, um den Zugang zu begrenzen. Die 1297 verfügte Schließung des Rats, *La Serrata*, die Venedig zu einer Erbaristokratie (Anm.: [Michael J. Sandel](#) verwendet denselben Begriff) machte, wurde im Jahr 1319 endgültig besiegelt.“ Die Folgen waren damals wie heute dieselben: „... die Wirtschaftspolitik entfernte sich von den Prinzipien der Offenheit und des Wettbewerbs.“ Und Per Molander setzt ganz im Stil von Michael J. Sandel fort: „In einer modernen Gesellschaft ist das Humankapital wichtiger als alles andere, und das Bildungssystem ist der Schlüssel zum Erfolg im Leben. In den USA ist die Bildungspolitik insofern zu einem Hindernis für die soziale Mobilität geworden, als an hochrangigen Universitäten, die zu einer beruflichen Karriere prädestinieren, ein Familienvermögen erforderlich ist, um die Studiengebühren bezahlen zu können. Dieses Muster lässt sich verallgemeinern: Je [ungleicher](#) die Gesellschaft, desto geringer wird die soziale Mobilität, und das Bildungssystem ist dabei einer der ausschlaggebenden Faktoren. Auch hier geraten die Erfordernisse der [Meritokratie](#) in Konflikt mit dem Antrieb, die eigenen Kinder zu begünstigen.“ (S 190)

Ein Anfang vom Ende des Gemeinwohls wäre auch dann zu beklagen, wenn institutionelle Errungenschaften wie die Sozialpartnerschaft und ihre Verhandlungspartner oder das [Gesundheitswesen](#) per Gesetzesbeschluss geschwächt würden. Die politische Praxis (Stichwort: [Kürzung der Kammerumlage](#)) hat gezeigt, dass selbst Verfassungsbestimmungen wie jene des [Art. 120a B-VG](#) auf Dauer kein Garant dafür sind, bewährte Strukturen der Selbstverwaltung sowohl im Bereich der [Gesundheitsversorgung](#) als auch der [Arbeitnehmervertretung](#) auflösen oder

zumindest einschränken zu wollen, beispielsweise mit der Begründung, eine „sparsame und wirtschaftliche Erfüllung der Aufgaben“ (vgl. [Art. 120c \(2\) B-VG](#)) erzielen zu wollen. Umso wichtiger ist es daher, sich mit breiter Zustimmung darum zu bemühen, kluge und zukunftsfitte Gemeinwohl-Regelungen in die Verfassung zu schreiben.



Quelle: <https://gemeinwohlcontrolling.net/gemeinwohl-controlling-mittels-einer-reformierten-zweiten-kammer/#Molander>